



NERASGEBER: PRESS- UND INFORMATIONSSSTELLE
DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 2900 OLDENBURG
POSTFACH 943, TEL.: 51064. MITARBEITER:
GERHARD HANNS (VERANTWORTLICH). WOLFGANG
HUNDESHAGEN. DIETER KNUTZ. JAN KOCHANOWSKI
(DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER
SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE
UNIVERSITÄT OLDENBURG DEN NAMEN CARL-VON-
OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT)

II. Nov.

34/74

Grolle: Kein NC-Abbau

Wissenschaftsminister Prof. Dr. Joist Grolle hat auf der konstituierenden Sitzung des Integrationsausschusses der Uni und der Fachhochschule in Oldenburg deutlich gemacht, daß das Vorantreiben von weiteren Reformen im Hochschulbereich in Zukunft kaum oder nur sehr bedingt möglich sein wird. Vor den Mitgliedern des Ausschusses erklärte Grolle wörtlich: "Die Hochschulsituation wird sich durch das NC-Problem so dramatisch verändern, daß große Sachen in der nahen Zukunft kaum noch anzupacken sind." Vom Abbau des NC in der nächsten Zeit könne überhaupt nicht die Rede sein. Das Gegenteil sei eher der Fall - trotz Kapazitätserweiterung.

In diesem Zusammenhang verwies Grolle darauf, daß integrierte Gesamthochschulen ohnehin nicht gleichzeitig in Niedersachsen eingerichtet werden könnten. In Göttingen, Braunschweig und Hannover zeigte sich gegenüber dem Wissenschaftsministerium deutlich, wie schwer allein die Verschmelzung abgegeben wurde, heißt es wörtlich: "Die zung von Universitäten und PHS sei.

Den Referenten-Entwurf für das ieder-sächsische Gesamthochschulgesetz, das den rechtlichen Rahmen für die Errichtung von Gesamthochschulen setzen soll, kündigte Grolle für April nächsten Jahres an. Dann, sagte Grolle, hoffe er auch, daß das Hochschulrahmengesetz (HRG) Bundestag und Bundesrat passiert habe.

Der Oldenburger Integrationsausschuß ist in erster Linie Planungsgremium für eine Gesamthochschule. Seine Kompetenzen sind sehr begrenzt. Von ihm gefasste Beschlüsse müssen von den jeweiligen Hochschulgremien bestätigt werden.

Der Integrationsausschuß, der Prof. Sellin zu seinem kommissarischen Vorsitzenden wählte, wird am 22.11. zu seiner 2. Sitzung zusammenkommen. Auf der Tagesordnung steht neben den Wahlen des Vorsitzenden und des Stellvertreters u.a. die mögliche Einrichtung eines Ausschusses zur Planung eines gemeinsamen Studiengangs Sozialpädagogik.

Ihre Kooperationsbereitschaft mit der Fachhochschule in der Frage der gemeinsamen Einrichtung eines Studiengangs Sozialarbeit/Sozialpädagogik hat der Senat in seiner vergangenen Sitzung noch einmal eingerichtet werden können. In Göttingen, Braunschweig und Hannover zeigte sich gegenüber dem Wissenschaftsministerium deutlich, wie schwer allein die Verschmelzung abgegeben wurde, heißt es wörtlich: "Die Universität Oldenburg schlägt die Entwicklung eines integrierten Studienganges Sozialarbeit/Sozialpädagogik vor, der in Kooperative zwischen der Fachhochschule und Universität erarbeitet werden soll.

Zur Vorbereitung wird dem Integrationsausschuß die Einsetzung einer entsprechenden Studiengangsplanungskommission von Universität und Fachhochschule vorgeschlagen."

gh

Vertrauensleutewahlen der ÖTV

Am Dienstag, den 12.11.74, finden in allen Abteilungen der Universitätsverwaltung, in den zentralen Einrichtungen und Fachbereichen die Wahlen der ÖTV-Vertrauensleute statt. Die Wahlen erfolgen auf der Grundlage der von der ÖTV-Betriebsgruppe am 24.11.74 einstimmig verabschiedeten "Geschäftsordnung für die Arbeit der ÖTV-Betriebsgruppe". Mit dem Aufbau eines Vertrauensleute-körpers wird ein entscheidender Schritt zur Stärkung der Gewerkschaft an der Uni vollzogen. Die von den Gewerkschaftsmitgliedern in den einzelnen Bereichen zu wählenden Vertrauensleute bilden eine Säule der Gewerkschaftsarbeit. Nach der Geschäftsordnung gehören zu den Aufgaben der Vertrauensleute:

- die Mitarbeiter und insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder über gewerkschaftliche Fragen aufzuklären,
- die Probleme der Kollegen am Arbeitsplatz aufzugreifen und für ihre Lösung einzusetzen,
- den Willen der Mitglieder zu gewerkschaftlichen Fragen in die Gewerkschaftsgremien hineinzutragen und die Arbeit und Entscheidungen der ÖTV-Organne mit den Mitgliedern und Kollegen zu diskutieren und
- die gewerkschaftliche Organisierung der Kollegen voranzutreiben.

Helga Kochanowski
Vorstandsmitglied
der ÖTV-Betriebsgruppe

ASTA-Fahrt nach Esterwegen

Die Oldenburger Sektion des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) will demnächst eine umfassende Dokumentation zum Konflikt um die Namensgebung der Universität herausgeben. In ihr sollen auch die Vorträge veröffentlicht werden, die W. Abendroth, W. Fabian und W. Beldt auf der BdWi-Veranstaltung am vergangenen Donnerstag in der vollbesetzten Aula der Universität zum Thema Carl-von-Ossietzky-Universität gehalten haben.

Auf der gleichen Veranstaltung rief das ASTA dazu auf, an einem Besuch der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Esterwegen, wo Ossietzky über zwei Jahren den Foltern der Nationalsozialisten ausgesetzt war, teilzunehmen. Dort soll u.a. eine Diskussion mit ehemaligen Häftlingen des KZ über die Namensgebung der Universität stattfinden. Die Busse für die Fahrt nach Esterwegen stehen am 13.11. um 14.00 Uhr am Haupteingang der Uni bereit.

Titelgruppe 71

Die zentralen Bereiche haben nur noch bis zum 18.11.74 Gelegenheit, Beträge aus der Titelgruppe 71 zu verausgaben. Alle Beträge, die bis dahin nicht entweder durch Bezahlung der Rechnung oder aber durch eine rechtsverbindliche Bestellung von Gegenständen gebunden sind, fallen wieder in den zentralen Topf zurück und werden vom Verwaltungsausschuß im seiner Sitzung am 21.11.74 ohne Rücksicht auf die bisherige Zweckbestimmung neu verteilt. Diesen Beschuß fasste der Senat angesichts dessen, daß die Gelder aus der TG 71 in einigen Bereichen nicht annähernd ausgeschöpft wurden.

Öffnungszeiten geändert

Da die beiden Hausmeister durch die gegenwärtige Praxis der Öffnungszeiten der Gebäude in nicht vertretbaren Ausmaß Überstunden leisten müssen, hat der Senat folgende neue Regelung beschlossen: "Von Montag bis Freitag sind die Gebäude (mit Ausnahme des Mittwochs) der Universität abends jeweils bis 22.30 Uhr benutzbar. Am Mittwoch bleiben die Gebäude auch länger als 22.30 Uhr geöffnet."

Tutoren: Verträge verlängern

Unter der Überschrift "Semesterende 31. 12.74" hat die Tutorenversammlung darauf aufmerksam gemacht, daß eine große Anzahl von Tutorenverträgen und Verträgen für wissenschaftliche Hilfskräfte, die mit technischen Aufgaben beauftragt sind, nicht verlängert werden.

Wörtlich heißt es in der Stellungnahme: "Diese Mittelkürzung hat erhebliche Folgen...":

- Das Projektstudium kann in der begonnenen Form nicht weitergeführt, Praktika können nicht durchgeführt werden, die Betreuung der Erkundung ist für das WS 1974/75 nicht mehr abgesichert
- Der Aufbau der Fachbereichsbibliotheken wird erheblich verzögert

Die Tutorenversammlung fordert daher die Verlängerung aller Verträge von Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräften... Die Tutorenversammlung fordert alle betroffenen Studenten und Lehrenden auf, über dieses Pro Mem in den Veranstaltungen zu diskutieren und Kampfmaßnahmen gegen die ständige Kürzung des Haushalts, die zunehmende Verschlechterung der sozialen und materiellen Bedingungen zu planen.

Neue Kommissionen

Für nichtwissenschaftliche Stellen in den zentralen Einrichtungen wird künftig eine ständige Auswahlkommission eingesetzt, der Gruppenvertreter im Verhältnis 1:1:2 angehören sollen. Das beschloß der Senat auf seiner Sitzung am 6.11.74. Der Leiter der jeweiligen zentralen Einrichtung gehört der Kommission mit beratender Stimme an. An den Vorstellungsgesprächen wird der Personalrat beteiligt.

Weiter bestimmte der Senat, daß für wissenschaftliche Stellen in den zentralen Einrichtungen ad-hoc-Kommissionen, deren absolute Größe im Einzelfall festzulegen sind, im Verhältnis 2:1:1:1 zusammengesetzt werden. Der Vertreter der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter hat allerdings nur beratende Stimme ebenso wie der Leiter der jeweiligen Einrichtungen.

Als Übergangsregelung wurde beschlossen, daß die alten Kommissionen, wenn sie bereits Vorauswahlen getroffen haben, die Verfahren fortsetzen.

Senatsempfehlung

Der Senat empfiehlt den Lehrenden den Studenten die Möglichkeit zu geben an der Vollversammlung des AStA am 28.11.74 um 10.00 - 13.00 Uhr in der Aula zum Thema "Prüfungsordnung für die einphasige Lehrerausbildung" und an der Vollversammlung des AStA am 3.12.74 um 10.00 - 13.00 Uhr zum Thema "Soziale Lage der Studenten" teilzunehmen.

Darüber hinaus wird die zentrale Verwaltung aufgefordert, einen Haushaltplan zu erstellen, der zumindest einen Überblick über die Haushaltssumme eines Jahres, bzw. für den Zeitraum von drei Semestern ermöglicht." jk

Weitere Überprüfungen

In einer Resolution hat der Senat die vom Verwaltungspräsidenten veranlaßten und durchgeföhrten Anhörungen von demokratisch engagierten Lehramtsbewerbern als verfassungswidrigen Angriff reaktionärer Kräfte auf verbürgte Grundrechte verurteilt. Er unterstützt die Aktion der Studentenschaft während der Anhörung der Kommilitonin Claudia Nobel (am 11.11.74) sämtliche Veranstaltungen an der Hochschule gleichzeitig kurz zu unterbrechen, um auf den verfassungsfeindlichen Charakter dieser Anhörungen hinzuweisen.

Der Senat fordert alle Lehrenden auf, diese Aktion zu unterstützen, um so einem weiteren Abbau der im Grundgesetz garantierten Rechte entgegenzutreten.

jk

Personalien

Aus dem Dienst ausgeschieden:

- JÜRGEN DÖHL, Hochschuldozent FB IV
Fach Biologie. Herr Dr. Döhl nimmt aber für das WS 74/75 noch einen Lehrauftrag im Fach Biologie wahr.
- Als Wissenschaftliche Assistenten wurden eingestellt:
 - REINER BACHMANN, Fach "Arbeitsmarkt und Berufsfeldanalyse"
 - GEROLD MEIER, Fach Germanistik "Literaturwissenschaft"
 - FALK RIESS, Fach Naturwissenschaft "Curriculum Entwicklung"
 - ERNST HINRICHES ist als ordentlicher Professor mit der Verwaltung der Stelle "Geschichte der frühen Neuzeit" beauftragt worden.
- Folgende Mitarbeiter wurden zum 1.11.74 an der Universität eingestellt:
 - CHRISTEL DREWES als Schreibkraft
 - ANKE FRESE als Schreibkraft
 - ALBRECHT HARTJE als Programmierer
 - GERDA HENKE als Schreibkraft
 - HERBERT KLINGSPIRN als Hausarbeiter
 - HANS KIRCHHOFF als Bürobote
 - VOLKER PALUCH als Verwaltungsangest.
 - ROLF RICHTER als Verwaltungsangest.

Termine

- PROGRAMMAUSSCHUß, 8. Sitzung, Mittwoch, 13.11.74, 14.00 Uhr, VG 202, TOP u.a. Veranstaltungsverzeichnis SS 75
- FA PÄDAGOGIK, 2. Sitzung, Mittwoch, 13.11.74, 11-13.00 Uhr, VG 301, TOPs : dezentrale Studienkommission, Prüfungen Frühjahr 75, Veranstaltungen im SS 75
- FACHBEREICHSRAT IV, 18. Sitzung, 13.11.74, 14.00 Uhr, AVZ 0-203
- SENAT, außerordentliche 15. Sitzung, 15.11.74, 16.00 Uhr, VG 208 (Vertrauliche Sitzung)
- FACHBEREICHSRAT II, 16. a.o. Sitzung, 14.11.74, 19.30 Uhr

Unwissenheit ausgenutzt

Zur Stellungnahme von Höhn und Hellborn zur Studienberatung der Fachschaften.

Die FVVV hat einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der das Verhalten einiger Lehrender und Gruppen von Studenten während der Studienberatung auf das Schärfste verurteilt wird. Die Stellungnahme von Höhn/Hellborn zeigt, daß a) sie diese Resolution nicht richtig gelesen haben und b) sie wieder einmal beweisen, daß sie die Aufgaben der Fachschaften, wie sie seit Jahren in Oldenburg erfolgreich praktiziert werden, nicht verstanden haben.

Fachschaften als politische Gruppen zu charakterisieren, ist ein Zeichen politischer Demagogie. Die Fachschaften vertreten die allgemeinen, unmittelbar materiellen Interessen aller Studenten eines Faches, unabhängig vom politischen Standort jedes einzelnen Studenten. Durch ihre Organisationsstruktur ist es überhaupt nur möglich, geschlossen als Organ der verfaßten Studentenschaft studentische Interessen durchzusetzen.

Die Fachschaften wehren sich in ihrer Resolution dagegen, die Unwissenheit der Erstsemester auszunutzen, um sie in ihrem Interesse zu manipulieren. Die Vertreter bestimmter politischer Gruppierungen haben das in der Orientierungsphase getan, ohne den Studenten zu sagen, daß ihre Studienberatung die Beratung einer politischen Gruppierung ist. Dieses Verhältnis hat im hohen Maße desorientierend auf die Studenten gewirkt. Es ist das gute Recht der Fachschaften sich dagegen zu wehren!

In der Resolution steht nicht, daß politische Hochschulgruppen keine Studienberatung machen dürfen. Sowohl MSB-Spartakus als auch SHB haben dies in der Vergangenheit getan, nur haben sie diese Beratung als Studienberatung einer politischen Hochschulgruppe ausgegeben. Es wäre Zeit, wenn diese Gruppen, die sich die unverfälschte Bezeichnung "Initiativgruppe" oder "Arbeitsgruppe" geben, endlich politisch Farbe bekennen und nicht weiter im Trüben fischen, letztendlich mit dem Ziel, die Fachschaften zu zerschlagen. Das richtet sich perspektivisch nicht nur gegen die Erstsemester, sondern gegen den Erhalt der verfaßten Studentenschaft.

Ich selbst bin Mitglied der Interessenvertretung der Tutorenchaft, wurde allerdings weder von Höhn noch Hellborn über diese Stellungnahme informiert. Es ist äußerst befremdend, daß ihre private Erklärung einen offiziellen Charakter dadurch erhält, daß sie sie als Mitglieder der Interessenvertretung der Tutoren unterschrieben haben. H. Sychla

Um die gesetzlich zustehenden Ruhepausen in Anspruch nehmen zu können, wird das Druckzentrum ab sofort zu folgenden Zeiten geschlossen sein:

- 9.15 - 9.30 Uhr
- 12.00 - 13.00 Uhr und
- 15.15 - 15.30 Uhr